Hansestadt Stendal		Vorlage	Datum:	05.08.2020		
Amt:	67 - Amt für technische Dienste	Drucksachenummer: VII/0281	Öffentlichkeitsstatus: öffentlich			
Az.:	67-67.2-30-2020					
TOP:	Änderung der Friedhofsgebührensatzung der Hansestadt Stendal					
Auswirkungen auf die Ortschaften der Hansestadt Stendal:						
Belange der Ortschaften werden berührt.			☒	ja	☐	nein
Die betroffenen Ortschaftsräte werden angehört.			☒	ja	☐	nein

Beratungsfolge:			Beratungsergebnis:
Ortschaftsrat Möringen	am:	31.08.2020	
Ortschaftsrat Dahlen	am:	03.09.2020	
Ortschaftsrat Uchtspringe	am:	03.09.2020	
Finanzausschuss	am:	08.09.2020	
Ausschuss für Stadtentwicklung	am:	09.09.2020	
Haupt- und Personalausschuss	am:	16.09.2020	
Stadtrat	am:	28.09.2020	

Finanzielle Auswirkungen:							
Finanzierung	☒	ja	Gesamtbetrag:		Euro	☐	nein
Wenn ja			Produktkonto	Betrag			
Produktkonto (Ermächtigung)						Euro	
Ergebnisplan							
Mehr-,	☐	Minderaufwendungen				Euro	
☒ Mehr-,	☐	Mindererträge		ca. 165.000		Euro	
Finanzplan							
Mehr-,	☐	Minderausgaben				Euro	
Mehr-,	☐	Mindereinnahmen				Euro	
Folgekosten:							
	☐	ja	Gesamtbetrag		Euro		
	☐	jährlich	Betrag		Euro	ab Jahr	
	☐	einmalig	Betrag		Euro	im Jahr	
Sichtvermerk der Kämmerin:							

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Hansestadt Stendal beschließt die anliegende 3. Satzung zur Änderung der Friedhofsgebührensatzung der Hansestadt Stendal und nimmt die Gebührenkalkulation zustimmend zur Kenntnis.

Begründung:

Gemäß § 5 Abs. 1 des Kommunalabgabengesetzes (KAG LSA) erheben die Gemeinden als Gegenleistung für die Inanspruchnahme öffentlicher Einrichtungen die erforderlichen Benutzungsgebühren, soweit nicht ein privatrechtliches Entgelt gefordert wird. Das Gebührenaufkommen soll dabei die Kosten der jeweiligen Einrichtung decken.

Die Kostenermittlung kann gemäß § 5 Abs. 2 b KAG LSA für einen Kalkulationszeitraum erfolgen, der drei Jahre nicht übersteigen soll. Die letzte Gebührenkalkulation für die Friedhöfe der Hansestadt Stendal erfolgte im Jahre 2016, die Gebührensatzung trat am 01.10.2016 in Kraft. Eine Neukalkulation war somit notwendig und wurde auf der Datengrundlage der Jahre 2017 bis 2019 vorgenommen.

In der Kalkulation wurden unter Anwendung des Äquivalenzziffernsystems differenzierte Gebühren für die Grabnutzung, die Bestattungsleistungen sowie die Nutzung der Trauerhallen ermittelt. Das Äquivalenzprinzip fordert in Verbindung mit dem Gleichheitssatz des Art. 3 Grundgesetz, dass die Benutzungsgebühren nach dem Umfang der Benutzung zu bemessen sind, so dass bei etwa gleicher Inanspruchnahme der öffentlichen Einrichtung etwa gleich hohe Gebühren und bei unterschiedlicher Benutzung diesen Unterschieden in etwa entsprechende Gebühren zu zahlen sind. Die Ermittlung der Grabnutzungsgebühren erfolgte nach dem Verhältnis von Grabgröße, Pflege- und Nutzungsumfang. Die Bestattungsgebühren wurden für die einzelnen Grabarten nach dem erforderlichen Arbeitsaufwand berechnet. In der Kalkulation der Gebühren für die Nutzung der Trauerhallen wurden Differenzierungen nach Größe und Nutzungsintensität vorgenommen.

Im Ergebnis der Kalkulation wurde deutlich, dass eine Gebührenerhöhung unumgänglich ist. Es wurde ein Gebührevorschlag entwickelt, der unter Berücksichtigung des Ziels der Kostendeckung die Gebührenerhöhungen in einem vertretbaren Umfang hält. Mit den vorgeschlagenen Gebühren für die Grabnutzung wird ein Kostendeckungsgrad von 94 % erzielt. Dabei wurden die Gebühren für die Urnengemeinschaftsanlagen im Gesamtgefüge der unterschiedlichen Bestattungsformen deutlich angehoben, um einer einseitigen Friedhofsentwicklung entgegenzuwirken und die Kosten für den erheblichen Pflegeaufwand dieser Anlagen weitgehend zu decken. Bei den Bestattungsgebühren wird mit dem vorgelegten Vorschlag eine Kostendeckung von 99 % erzielt. Für den Samstagsaufschlag wurde der Anteil der Lohnkosten der beiden geringfügig Beschäftigten für Bestattungen an Samstagen in Höhe von 3.912,94 € auf die verschiedenen Leistungen nach dem Äquivalenzziffernsystem aufgeteilt. Um die Samstagsbestattungen nicht nur für Urnenbestattungen attraktiv zu machen, wird vorgeschlagen, einen einheitlichen Aufschlag in Höhe von jeweils 66,00 € zu erheben, was einem Kostendeckungsgrad von 99 % entspricht. Dem Äquivalenzziffernprinzip wird dabei durch die differenzierten Grundgebühren ausreichend Rechnung getragen. Für die Trauerhallen wird eine Gebühr vorgeschlagen, die die Kosten nur zu 84 % deckt. Diese Unterdeckung ist erhöhten Unterhaltungskosten, insbesondere in der Friedhofskapelle Stendal, geschuldet. Eine kostendeckende Gebührenerhebung birgt die Gefahr eines Nutzungsrückganges bei gleich bleibendem Unterhaltungsaufwand.

Letztlich wurden die Verwaltungsgebühren auf der Grundlage des Stundensatzes von 45,26 € und der durchschnittlichen Bearbeitungszeit im Rahmen einer Zuschlagskalkulation ermittelt und bei der Kostenträgerrechnung der übrigen Leistungsbereiche abgesetzt.

Der Beschlussvorlage liegen neben dem Satzungsentwurf die Gebührenkalkulation nebst Erläuterungen und Defizitbetrachtung, die Darstellung der Gebührenentwicklung sowie ein Gebührenvergleich mit 22 Städten in Sachsen-Anhalt zwischen 20.000 bis 50.000 Einwohnern bei.

Klaus Schmotz
Oberbürgermeister

Anlagenverzeichnis:

- 3. Satzung zur Änderung der Friedhofsgebührensatzung der Hansestadt Stendal
- Kalkulation der Friedhofsgebühren
- Erläuterung zur Kalkulation der Friedhofsgebühren
- Gebührenentwicklung und -vergleich